

V0130/25

Konzept für einen Verteidigungscampus in Ingolstadt
-Antrag der Ausschussgemeinschaft FDP/JU vom 28.02.2025-

Antrag:

Die Stadtratsgruppe FDP/JU stellt folgenden Antrag:

Grundlagen für einen Verteidigungscampus schaffen: Erarbeitung eines Konzepts zur Ansiedlung und Vernetzung von Hightech-Firmen aus dem Verteidigungssektor.

Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit	24.07.2025	Bekanntgabe
Stadtrat	29.07.2025	Bekanntgabe

Stadtrat vom 29.07.2025

Der Antrag der Ausschussgemeinschaft FDP/JU V0130/25, der Antrag der CSU-Stadtratsfraktion V0291/25 und die Stellungnahme der Verwaltung V0483/25 werden gemeinsam behandelt.

Oberbürgermeister Dr. Kern führt aus, dass er in dem Gelände des incampus aufgrund seiner strategischen Lage und seinem Partnernetzwerk ein sehr großes Potenzial für die Stadt Ingolstadt als zentrale Plattform für Transformation, Innovation und Zukunftstechnologien sehe. Mittlerweile gebe es für den incampus ein Vermarktungskonzept mit fünf Themenclustern, das allerdings keine ausschließliche Festlegung darstellen solle. Ihm sei es dabei wichtig, dass in das Gelände des incampus nun mehr Bewegung hineinkomme und man das Areal zu einem digitalen Zukunftscampus weiterentwickle.

Stadtrat Meier begrüßt es grundsätzlich, dass man das Gelände des incampus zu einem digitalen Zukunftscampus weiterentwickeln möchte. Allerdings kritisiert er, dass im Vermarktungskonzept für das Areal des incampus auch das Themencluster Digital.defense & security enthalten sei. Beim Thema der Rüstungs- und Verteidigungsindustrie sei die Trennlinie sehr dünn und scharf. Insofern komme es darauf an, wie man diese Trennlinie ausnutze. Würde im Vermarktungskonzept für das Gelände des incampus nichts zum Thema Rüstungs- und Verteidigungsindustrie enthalten sein, könnte Stadtrat Meier diesem Konzept mehr abgewinnen.

Stadtrat Schäuble ist der Ansicht, dass man der Realität ins Auge sehen müsse. Die Realität sehe dabei so aus, dass es einen russischen Aggressor gebe, der die Ukraine überfallen habe und der diesen Krieg nicht beende. Zumal dieser russische Aggressor auch in anderen Ländern wie in Serbien aber auch in Georgien für große Unruhe Sorge. Insofern müsse die Konsequenz daraus sein, dass die europäische Verteidigung in die Lage versetzt werde, wehrhaft gegen diese russische Aggression zu sein. Hierrüber seien sich sowohl die Bundesregierung als auch die Landesregierung einig, betont Stadtrat Schäuble. Dies bedeute, dass man in der Bundesrepublik Deutschland im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik deutlich nachlegen müsse. Konkret bedeute dies, dass Deutschland aufrüsten müsse. Hierfür seien auf Bundesebene bereits Sondervermögen geschaffen worden, die auch schon abgerufen werden. Letztendlich müsse man sich nicht nur

irgendwie, sondern bestmöglich verteidigen, so Stadtrat Schäuble. Hierbei ist er der Meinung, dass es in Ingolstadt bereits viele Technologien gebe, die sich für den Einsatz in der Landes- und Bündnisverteidigung eignen würden. Während der Krisensituation in der Automobilindustrie und angesichts einer Monostrukturierung des Standortes Ingolstadt sei es deshalb fahrlässig, diese Chance der Weiterentwicklung im Bereich der Rüstungs- und Verteidigungsindustrie nicht zu erkennen beziehungsweise nicht zu ergreifen. Stadtrat Schäuble weist darauf hin, dass in der Rüstungs- und Verteidigungsindustrie zum einen Hightech-Software gefordert sei. Zum anderen erfolge die Produktion in dieser Branche allerdings auch mit viel manuellem Arbeitseinsatz. Deshalb sei in der Verteidigungs- und Rüstungsindustrie die Arbeitsplatzquote im Bereich der Produktion sehr hoch. Stadtrat Schäuble führt aus, dass die Ausschussgemeinschaft FDP/JU ausdrücklich mit dem Inhalt der vorliegenden Stellungnahme der Verwaltung einverstanden sei. Nichtsdestotrotz schlägt die Ausschussgemeinschaft FDP/JU in Abstimmung mit dem Wirtschaftsreferenten vor, den Antragstext der vorliegenden Stellungnahme der Verwaltung hinsichtlich des Wortlauts noch einmal leicht abzuändern. Deshalb stellt Stadtrat Schäuble den mündlichen Änderungsantrag, den Antragstext der Beschlussvorlage V0483/25 wie folgt zu ändern: „Ziffer 1: Der Stadtrat bekennt sich zu geplanten Ansiedlungen im Bereich „Sicherheit und Verteidigung“ in Ingolstadt. Deshalb wird die Verwaltung beauftragt, die Anstrengungen zur Nutzung von Chancen im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie für den Wirtschaftsstandort weiter zu intensivieren. Ziffer 2: Die Verwaltung wird beauftragt, das Bauleitplanverfahren Nr. 933 „Weiherfeld-Ost“ beschleunigt weiterzuführen. Die Bemühungen der Ansiedlung im Bereich „Sicherheit und Verteidigung“ am IN-Campus werden ausdrücklich begrüßt.“.

Stadtrat Wittmann teilt mit, dass er Verständnis für den Standpunkt von Stadtrat Meier bei diesem Thema habe, da er hierbei die Position der Partei DIE LINKE im Bundestag wiedergebe. Im Gegenzug bittet er Stadtrat Meier jedoch auch um Verständnis für die Position der CSU-Stadtratsfraktion, die sich mit der der Bundesregierung decke. Stadtrat Wittmann betont, dass die CSU-Stadtratsfraktion die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung unterstütze. Darüber hinaus habe die CSU-Stadtratsfraktion in ihrem vorliegenden Antrag gefordert, dass man sich beim incampus nicht nur auf die Ansiedelung von Verteidigungstechnologie fokussieren, sondern dort technologieoffen Firmen ansiedeln sollte. Vor dem Hintergrund der momentanen Situation sei es auch alles andere als ehrenrührig für die Verteidigung des eigenen Landes einzutreten und sich im Verteidigungsbereich entsprechend weiterzuentwickeln, erklärt Stadtrat Wittmann.

Herr Prof. Dr. Rosenfeld erklärt, dass im Sicherheits- und Verteidigungsbereich bereits sehr viel in Richtung Vernetzung der Industrie stattfinde. In Ingolstadt habe man eine Technische Hochschule, die im Vergleich zu anderen Universitäten und Hochschulen gegenüber dem Thema Dual-Use sehr offen sei. So habe man beispielsweise an der Technischen Hochschule Ingolstadt (THI) vor eineinhalb Jahren eine Schlüsselprofessur im Bereich Luftfahrttechnik mit einem früheren Entwickler besetzen können, der in der Vergangenheit bei der Firma MBDA an der Entwicklung des Marschflugkörpers Taurus beteiligt gewesen sei. Des Weiteren richte sich auch das brigkAIR sehr stark auf das Thema Dual-Use aus. Herr Prof. Dr. Rosenfeld erwähnt, dass die Stadt Ingolstadt diese Bemühungen im Bereich der Transformation auch unterstütze. Insofern gebe es im Kooperationsbereich belastbare Beziehungen zur MBDA Deutschland GmbH, zu Airbus Defence and Space und zu anderen Rüstungsunternehmen. Oft gehe es bei diesen Kooperationen um das Thema Dual-Use, so wie man es beispielsweise auch im Bereich der Initiative „Urban Air Mobility“ habe. Hier sei zum Beispiel auch das Unternehmen Quantum-Systems zu nennen, mit der die Stadt Ingolstadt im Bereich der „Urban Air Mobility“ Initiative bereits viele Projekte umgesetzt habe. Herr Prof. Dr. Rosenfeld berichtet, dass Quantum-Systems mittlerweile auch in den Verteidigungsbereich gegangen sei und schon jetzt Aufklärungsdrohnen liefere. Darüber hinaus entstehe derzeit am Fraunhofer-Anwendungszentrum „Vernetzte Mobilität und Infrastruktur“ in Ingolstadt ein interessantes Startup, das sich mit der Drohnenortung beschäftige und schon jetzt über entsprechende Finanzierungen von namenhaften

Rüstungsunternehmen verfüge. Von daher finde in Ingolstadt im Sicherheits- und Verteidigungsbereich bereits eine Menge statt, erwähnt Herr Prof. Dr. Rosenfeld. Die Stadtverwaltung habe in der vorliegenden Beschlussvorlage versucht darzustellen, wie man die sich aus dem Bereich der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie ergebenden wirtschaftlichen Chancen für den Standort Ingolstadt nutzen könne. Hierbei gehe es wie bereits erwähnt zum einen um das Thema Vernetzung und zum anderen aber auch um Ansiedlungsthemen. Deshalb habe die Stadt Ingolstadt zusammen mit der AUDI AG ein Vermarktungskonzept für das Gelände des incampus definiert, das sich nicht ausschließlich auf den Bereich Defence and Space beschränke. Die entsprechenden Suchfelder habe man im Konzept bewusst breiter gefasst, da es oft auch Softwarethemen gebe, die im Bereich von Dual-Use sowohl zivil als auch militärisch angewandt werden können. Insofern stehe demnächst eine Fläche von rund 40.000 m² zur Verfügung, die man natürlich auch für Ansiedlungen im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie nutzen könne. Darüber hinaus gebe es auch das Gewerbegebiet Weiherfeld Ost, in dem eine Fläche von rund 10 Hektar entwickelt werden solle. Hier habe die Stadtplanung zugesichert, das aus diversen Gründen derzeit ruhende Bauleitplanverfahren wieder aufzunehmen und weiterzuführen. Insofern gehe es nun darum, die sich bietenden wirtschaftlichen Möglichkeiten entsprechend zu nutzen. Hinsichtlich der wirtschaftlichen Erwartung an die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie möchte Herr Prof. Dr. Rosenfeld noch einen Aspekt klarstellen. Zwar stimme es, dass die Rüstungsindustrie sehr arbeitsplatzintensiv sei. Aber wenn man den Umsatz der gesamten bayerischen Rüstungsindustrie zusammenrechne, dann würde diese Summe lediglich ein Zehntel des derzeitigen Umsatzes der AUDI AG ausmachen. Von daher seien mit der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie zwar gewisse Chancen verbunden, allerdings seien diese nicht riesengroß. Hinsichtlich des von Stadtrat Schäuble gestellten mündlichen Änderungsantrag führt Herr Prof. Dr. Rosenfeld aus, dass er die vorgeschlagene Wortlautänderung des Antragstexts in den Referentenantrag übernehmen möchte. Nichtsdestotrotz würde er die Stadtbaurätin noch um ihr Einverständnis zur Änderung des Wortlauts der Antragsziffer 2 fragen. Des Weiteren möchte Herr Prof. Dr. Rosenfeld die von Stadtrat Schäuble vorgeschlagene Änderung des Wortlauts des Antragstexts noch einmal dahingehend korrigieren, dass es sich um die Ansiedelung im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie gehe und nicht um die Ansiedelung im Bereich der Sicherheit und Verteidigung am incampus.

Frau Wittmann-Brand teilt mit, dass sie der vorgeschlagenen Änderung des Wortlauts des Antragstexts zustimmen könne. Mit dem bei der Antragsziffer 2 hinzukommenden Wort „beschleunigt“ sei allerdings kein beschleunigtes Bauleitplanverfahren im Sinne des Baugesetzbuch (BauGB) gemeint. Frau Wittmann-Brand erläutert, dass das Bauleitplanverfahren Nr. 933 „Weiherfeld-Ost“ etwas geruht habe, da die Stadtverwaltung den geplanten Ausbau der B16 abwarten wollte. Jedoch spreche aus ihrer Sicht nichts dagegen, das Bauleitplanverfahren bereits jetzt wieder weiterzuführen.

Stadtrat Meier schildert, dass er selbst zur Zeit der Wiedervereinigung in der Bundeswehr gedient habe. Für ihn sei dies eine spannende und interessante Zeit gewesen, in der er viel gelernt habe. Jedoch habe sich seine Einstellung zu diesem Thema weiterentwickelt. Seiner Ansicht nach habe sich das ständige Auf- und Hochrüsten sowie das sich gegenseitige Einschlagen von Köpfen nicht bewährt. Es gebe nichts daran zu diskutieren, dass es sich bei einem Aggressor wie dem russischen Präsidenten Wladimir Putin um einen Verbrecher handle. Allerdings müsse man versuchen über alternative Methoden nachzudenken, wie man Präsident Putin bei seinem Krieg gegen die Ukraine die Zügel aus der Hand nehmen könne. Im Ingolstädter Stadtrat werde man diese Lösung allerdings nicht finden, betont Stadtrat Meier. Nichtsdestotrotz müsse man auf eine solche Lösung hinarbeiten. Bei diesem Thema denke Stadtrat Meier auch immer daran, dass ein Euro in den Rüstungsbereich lediglich 0,50 Euro zurückbringe. Ein Euro in den Bildungsbereich würde hingegen drei Euro zurückbringen. Von daher würde es sich vorliegend ohne die Punkte Rüstung und Verteidigung um einen sehr guten Antrag handeln.

Stadtrat Köstler begrüßt es auch nicht, dass Ingolstadt in Zukunft auf die Rüstungsindustrie setze. Von daher nehme er die Antragsziffer 1 der vorliegenden Stellungnahme der Verwaltung nicht wohlwollend zur Kenntnis. Zudem unterstütze er es in keiner Weise, dass in der Antragsziffer 1 der Punkt Rüstung enthalten sei. Zur Antragsziffer 2 führt Stadtrat Köstler aus, dass er schon immer gegen das Bauleitplanverfahren Nr. 933 „Weiherfeld-Ost“ gestimmt habe, da die ÖDP-Stadtratsgruppe grundsätzlich gegen den Ausbau von Gewerbegebieten sei. Da nun mit dem Gewerbegebiet „Weiherfeld-Ost“ auch der Aspekt der Rüstung verbunden werde, sei er sowieso gegen dieses Bauleitplanverfahren.

Stadträtin Peters teilt mit, dass sie der Begriff „Verteidigungscampus“ störe. Sie würde sich wünschen, wenn man entweder ein anderes oder ein zusätzliches Wort für den Namen verwenden könnte. So klingt für Stadträtin Peters beispielsweise „Sicherheitscampus“ besser.

Herr Prof. Dr. Rosenfeld führt aus, dass er den Begriff „Verteidigungscampus“ als eine Metapher für die Unterstützung der Stadt Ingolstadt in diesem Bereich und nicht als einen Namen für ein konkretes Areal sehe. Zudem ist der Begriff „Verteidigungscampus“ für ihn eine Idee, die Chancen der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie in Ingolstadt zu nutzen. Herr Prof. Dr. Rosenfeld erläutert, dass das ehemalige Bayernoil-Raffineriegelände den Namen incampus trage und nun als Digitalcampus vermarktet werden solle. Bei dieser Vermarktungsstrategie sei eins der fünf Suchfelder auf die Sicherheits- und Verteidigungsindustrie ausgelegt.

Stadtrat Dr. Meyer ist der Meinung, dass man ein Projekt zuerst vorantreiben und aufbauen sollte, bevor man es benenne. Grundsätzlich habe das Thema der Ansiedelung von Sicherheits- und Verteidigungsindustrie mit der Wirtschafts- und Sicherheitspolitik zwei Seiten. Stadtrat Dr. Meyer erläutert, dass man in Ingolstadt seit Jahrzehnten mit der industriellen Monostruktur hadere. Durch das Hochfahren der Verteidigungsindustrie in Deutschland finde man nun eine Situation vor, in der sich die Chance biete, endlich in eine Branche verstärkt zu investieren. Selbstverständlich könne niemand ein Unternehmen zwingen, sich hier in Ingolstadt anzusiedeln. Aber ohne einen politischen Willen würde ein solches Vorhaben sicher nicht funktionieren, betont Stadtrat Dr. Meyer. Deshalb sei es sehr wichtig gewesen, dass Oberbürgermeister Dr. Kern bereits in seiner Antrittsrede dieses Ziel offensiv formuliert habe und das Wirtschaftsreferat dieses Bestreben nun mit großem Engagement unterstützte. Parallel dazu sei es aber auch wichtig, dass der Stadtrat dieses Ziel mit einer klaren Willensbekundung unterstreiche. Stadtrat Dr. Meyer schildert, dass das Wort der Zeitenwende jahrelang eine leere Floskel geblieben sei. Mit der in diesem Jahr beschlossenen Grundgesetzänderung, dem neuen Verteidigungsetat und dem neu formulierten Fünf-Prozent-Ziel der NATO befinde sich die Bundesrepublik Deutschland national sowie international in der Situation, diese Zielsetzungen endlich mit einem wirtschaftlichen Fundament füllen zu können. Da er kurz vor dem Ende des Kalten Krieges geboren worden sei, ist Stadtrat Dr. Meyer in einer Welt aufgewachsen, in der der Frieden und der Schutz der NATO völlig selbstverständlich gewesen seien und in der man die Friedensdividende völlig ausgeschöpft habe. Vor drei Jahren sei man allerdings in der Realität aufgewacht. Dabei müssen man erkennen, dass die sicherheitspolitische Naivität zur aktuellen Situation geführt habe. Diese Entwicklung müsse man deshalb schnellstmöglich umkehren. Stadtrat Dr. Meyer habe Verständnis dafür, wenn Leute mit Rüstungsexporten Probleme haben. Die fundamentale Änderung bestehe allerdings darin, dass man die in Deutschland produzierten Rüstungsgüter für die eigene Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland und von Europa benötige. Des Weiteren findet es Stadtrat Dr. Meyer fragwürdig, dem Wort Verteidigung schon etwas Offensives zu unterstellen. Eine solche Denkweise schränke seiner Ansicht nach die Absicht, die europäischen Werte und die ganzheitliche Friedensarchitektur zu schützen, in einer Art und Weise ein, die nicht benötigt werde. Darüber hinaus würde es Stadtrat Dr. Meyer begrüßen, wenn man als Ingolstädterinnen und Ingolstädter bei diesem Thema auch den historischen Wurzeln der Stadt im Bereich der Sicherheits- und Rüstungsindustrie einen gewissen Tribut

zolle beziehungsweise auf diesem Fundament aufbaue und so sowohl wirtschaftlich als auch sicherheitspolitisch vorwärtskomme.

Herr Prof. Dr. Rosenfeld teilt zum Ende der Debatte mit, dass er als antragstellender Referent den Antragstext der vorliegenden Stellungnahme der Verwaltung (V0483/25) wie folgt abändert: „Ziffer 1: Der Stadtrat bekennt sich zur geplanten Ansiedelung im Bereich Sicherheit und Verteidigung in Ingolstadt. Deshalb wird die Verwaltung beauftragt, die Anstrengungen zur Nutzung von Chancen im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie für den Wirtschaftsstandort weiter zu intensivieren. Ziffer 2: Die Verwaltung wird beauftragt, das Bauleitplanverfahren Nr. 933 „Weiherfeld-Ost“ beschleunigt weiterzuführen. Die Bemühungen zur Ansiedelung im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie am IN-Campus werden ausdrücklich begrüßt.“

Sodann ergeht folgende geänderte Beschlussfassung über den Antrag der Verwaltung V0483/25:

(Die Änderungen zum ursprünglichen Antragstext sind hervorgehoben.)

Gegen 2 Stimmen:

- 1. Der Stadtrat bekennt sich zur geplanten Ansiedelung im Bereich Sicherheit und Verteidigung in Ingolstadt. Deshalb wird die Verwaltung beauftragt, die Anstrengungen zur Nutzung von Chancen im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie für den Wirtschaftsstandort weiter zu intensivieren.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, das Bauleitplanverfahren Nr. 933 „Weiherfeld-Ost“ beschleunigt weiterzuführen. Die Bemühungen zur Ansiedelung im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie am IN-Campus werden ausdrücklich begrüßt.**